

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Gerrit Hoekman

13.08.2021

KRIEGSVERBRECHEN

Aufarbeitung abgegeben

Völkermord in Darfur: Sudan will inhaftierten Expräsidenten an Internationalen Strafgerichtshof überstellen



Mohamed Nureldin Abdallah/REUTERS

Al-Baschir muss sich im Sudan auch wegen des Putsches 1989 vor Gericht verantworten (Khartum, 15.9.2020)

Der Sudan will den ehemaligen Präsidenten Omar Al-Baschir, seinen Innen- und Verteidigungsminister Abdel Rahim Hussein und seinen Sicherheitschef und späteren Parteivorsitzenden Ahmed Harun nun doch an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag ausliefern, wie die staatliche Nachrichtenagentur *SUNA* am Mittwoch meldete. Wann das geschehen soll, blieb unklar.

Karim Khan, der neue Chefankläger des Haager Tribunals, kann also seinen Besuch im Sudan als Erfolg verbuchen. Er traf am Montag in der Hauptstadt Khartum ein und bleibt

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

eine Woche. Außenministerin Mariam Al-Mahdi versicherte ihm am Mittwoch, die Übergangsregierung, die seit April 2019 im Amt ist, wolle den Opfern des Krieges in der Region Darfur Gerechtigkeit verschaffen und eng mit dem Strafgerichtshof zusammenarbeiten. Khan sprach laut *SUNA* außerdem mit Premierminister Abdullah Hamdok und Justizminister Nasredin Abdulbari. Beide Politiker kündigten an, der Sudan werde in Kürze das Römische Statut ratifizieren, das die völkerrechtliche Grundlage des IStGH bildet. Bislang haben von den 193 Mitgliedstaaten der UNO 123 das Statut ratifiziert, darunter auch Palästina, nicht aber die USA, China, Israel und Russland.

Al-Baschir wird seit 2009 mit internationalem Haftbefehl gesucht. Er und die beiden Mitangeklagten sollen für den Tod mehrerer hunderttausend Zivilisten in Darfur verantwortlich sein. 2003 beehrten dort zentralafrikanische Ethnien angeführt von der Sudanesischen Befreiungsarmee (SLA) und der Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) gegen ihre systematische Benachteiligung auf. Sie verlangten mehr Mitbestimmung in der von Arabern dominierten Zentralregierung in Khartum. Al-Baschir, seit einem Militärputsch 1989 an der Macht, schickte seine Luftwaffe und die mit ihm verbündete Dschandschawid-Miliz, die durch Darfur marodierte. Die Milizionäre plünderten und brannten Dörfer nieder, vergewaltigten und töteten die Einwohner. Der Name Dschandschawid kann in etwa mit »Berittene Dämonen« übersetzt werden. Angehörige der Miliz sind überwiegend Nomaden. In dem Krieg in Darfur kamen zwischen 2003 und 2008 rund 300.000 Menschen ums Leben. 2,7 Millionen wurden vertrieben.

Dem 77 Jahre alten Al-Baschir soll deshalb in Den Haag als Kriegsverbrecher der Prozess gemacht werden. Im April 2019 war er nach monatelangen Protesten des Volkes durch das Militär gestürzt worden. Seitdem führt eine Übergangsregierung aus Armeevertretern und zivilen Politikern das Land, der Expräsident sitzt seither in Haft.

Ali Abd-Al-Rahman, der mutmaßliche Anführer der Dschandschawid, steht bereits in Den Haag vor Gericht. Ihm werden in 31 Fällen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit vorgeworfen. Er hatte sich im Juni vergangenen Jahres in der Zentralafrikanischen Republik gestellt und war daraufhin an den IStGH ausgeliefert worden. [Die Anklageschrift](#) wurde vom 24. bis 26 Mai verlesen. Die Opfer werden unter anderem von der renommierten Anwältin für Menschenrechte, Amal Clooney, vertreten.

Noch gesucht wird Abdullah Banda, der Kommandant der Bewegung JEM. Er soll im September 2007 einen Angriff auf das Militärlager von AMIS, der mit einem UN-Mandat ausgestatteten Friedenstruppe der Afrikanischen Union, in Haskanita angeführt haben. Mindestens zehn Blauhelme aus Mali, Senegal, Nigeria und Botswana starben dabei. Wo Banda sich im Moment aufhält, ist unbekannt.

Im vergangenen Oktober unterzeichneten die Regierung und die Darfur-Rebellen ein Friedensabkommen. Die Anführer der Aufständischen erhielten hohe Positionen in der Regierung. Trotzdem ist Darfur bis heute eine Unruheregion geblieben, in der bewaffnete Gruppen immer wieder Gewalttaten verüben, die alleine in diesem Jahr mehrere hundert Tote forderten.

Junge Welt 12.08.2021